

Antrag an die Traktanden: Ersetzung des Traktandenpunkts “5. Gefängnissystem: Schutz statt Vergeltung”

Zuhanden der DV vom 5. September 2020 in Bussigny.

Antragsstellende: Shivani König (Stadt Bern), Jannick Hayoz (Stadt Bern), Jessica Bamford (Stadt Bern), Patrick Côté (Stadt Zürich), Felix Loob (Stadt Bern).

Antrag: Das “Positionspapier Gefängnisse” gibt keine Antworten auf die Frage, die uns heute leiten muss: Wie stürzen wir diese todkranke Gesellschaft, in der Menschen durch den bürgerlichen Staat (darunter: Gefängnisse usw.) unterdrückt werden? Heute müssen wir über die aktuelle Situation diskutieren, diese verstehen und unsere Aufgaben formulieren. Das Papier versucht, einen bürgerlichen Staat – der mit der sich verschärfenden Krise immer unterdrückender wird – menschenfreundlicher zu machen. Als Sozialist*innen müssen wir an die Sache revolutionär herangehen. Wir beantragen deshalb statt des Positionspapiers eine Diskussion über die aktuelle Situation und die Perspektive der kapitalistischen Krise, der aktuellen Bewegungen und den Zustand der linken Organisationen. Die Antragstellenden bieten sich an, ein einleitendes Referat zu halten.

Begründung: Die Corona-Pandemie warf den Kapitalismus in seine tiefste Krise. Als Sozialist*innen sind wir revolutionär. Die Rettung des Kapitalismus, seine Verschönerung usw. usf. ist erstens eine Illusion, und zweitens nicht die Aufgabe der Sozialist*innen. Die einzige Existenzberechtigung der SozialistInnen besteht darin, dass sie immer und überall einen Weg in den Sozialismus aufzuzeigen – was sonst sollten sie tun?! Das Positionspapier der GL tut das nicht.

Richtig heisst es im Papier: “Das heutige Gefängnissystem trägt in keiner Weise dazu bei, eine sicherere oder gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Es dient vor allem dazu, den bürgerlichen Staat zu erhalten und die Unterdrückten zu kontrollieren.” Die Schlussfolgerung ist klar: die Gesellschaftsform, die durch diesen bürgerlichen Staat mitsamt seinen Gefängnissen aufrechterhalten wird, muss gestürzt werden. Das deutet auch das Papier an: “Strukturen, die die Kriminalität erzwingen oder begünstigen müssen geändert werden. Denn uns ist klar: Nicht zusätzliche Haftplätze schaffen mehr Sicherheit, sondern wirtschaftliche Sicherheit, Investitionen beispielsweise in Bildung und Kinderbetreuung sowie die Förderung sozialer Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen.” Aber mindestens drei Viertel des Papiers versuchen, den todkranken Kapitalismus zu retten, zu verschönern, ihm ein menschlicheres Antlitz zu verpassen: kein Wort dazu, wie wir die “Strukturen” umstürzen, “die die Kriminalität erzwingen”.

Ganz bewusst ordnet das Papier sich den kapitalistischen Strukturen unter: Es bewegt es sich in dem angeblich vorhandenen “Raum für positive Reformen”. Aber im Krisenkapitalismus ist dieser Raum eine Illusion. Die Kapitalisten und ihr Staat müssen jetzt in die Offensive gehen an allen Fronten. In den Betrieben sind Massenentlassung bereits eine Realität; eine richtiggehende Welle wird noch kommen. Die “wirtschaftliche Sicherheit” wird frontal angegriffen werden! Auf staatlicher Ebene wird das Kapital alles dafür tun, um die Corona-Schulden auf die Arbeiterklasse und Jugend abzuwälzen. Das ist keine Periode von

*“Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung”! In Bern sind die Bürgerlichen drauf und dran, genau in diesen Bereichen zu sparen. Die Periode von Sparmassnahmen wird weitergehen – und sich klar verschärfen! Nächster geplanter Angriff: Wieder einmal das Frauenrentenalter. Aber diesmal haben sich alle politischen Parteien der Bourgeoisie zusammengetan, mit SVP-Vertreter*innen als Speerspitze.*

Gewiss: es gibt Raum für Reformen. Aber dieser Raum muss erschaffen werden. Die herrschende Klasse wird dann – und nur dann – zu substanziellen fortschrittlichen Reformen bereit sein, wenn sie Angst hat, alles zu verlieren. Sie hat Angst, alles zu verlieren, wenn die Jugend und Arbeiterklasse sie frontal angreifen: auf der Strasse und in den Betrieben, vereint unter klassenkämpferischen, sozialistischen Ideen. Die Bewegungen dorthin zu bringen, das ist Aufgabe der JUSO. Die Delegiertenversammlung muss dringlichst darauf Antworten liefern: Wie bauen wir die sozialistischen Kräfte auf?

Stellungnahme der GL: ablehnen

Begründung: Die Demokratie innerhalb der JUSO folgt gewissen Abläufen. Diese sind bei jeder Versammlung etwa ähnlich. Es gibt traktandierte Geschäfte und Unterlagen dazu. Das können Positionspapiere, Resolution oder Anträge sein. Diese Anträge werden vor der Versammlung eingereicht und den Delegierten zugeschickt, beziehungsweise auf die Website gestellt.

Mit diesen Unterlagen können sich die Delegierten vorbereiten und sie wissen, über was konkret an der Delegiertenversammlung diskutiert und abgestimmt wird. Mit diesem Vorgehen stellen wir sicher, dass die Delegierten vorbereitet kommen können und auch Wortmeldungen vorbereiten können. Das ist nötig für eine lebhaftere Debattenkultur an den Versammlungen.

Teil dieser Debattenkultur ist es natürlich auch, Positionspapiere nicht gut zu finden. Das ist eine legitime Haltung und die Delegiertenversammlung ist gerade dafür da, um sich über solche Dinge zu streiten. Bei Positionspapieren gibt es auch die Möglichkeit, Änderungsanträge zu schreiben um das Positionspapier zu verbessern und um die eigene Meinung in die offiziellen Positionen der JUSO einzubringen. Falls ein Positionspapier so schlecht ist, dass es kaum etwas bringt, Anträge zu schreiben, gibt es auch die Möglichkeit ein Gegenpapier zu schreiben. Und wenn man der Meinung ist, ein Papier sei völlig unnötig, gibt es auch die Möglichkeit einen Antrag auf Nichteintreten zu stellen. Über diesen wird dann vor der Behandlung der Anträge an ein Papier abgestimmt.

Und wenn man der Meinung ist, innerhalb der JUSO müsse unbedingt zu einem Thema diskutiert werden, kann man natürlich auch selber ein Positionspapier einreichen, an das die anderen Delegierten dann Anträge schreiben können. Über dieses würde dann auch an der Versammlung diskutiert werden und es gäbe die Möglichkeit konkret über ein bestimmtes Thema zu diskutieren. Unter diesen Umständen hätten die Delegierten auch die Möglichkeit sich konkret vorzubereiten.

*Aber die Antragsteller*innen haben mit diesem Antrag an die Traktandenliste keine dieser Möglichkeiten wahrgenommen. Sie verbinden zwei Dinge, die eigentlich nichts miteinander zu tun haben. Wenn ihnen das Papier nicht gefällt, hätten sie Anträge schreiben können oder auch ein Gegenpapier verfassen können. Wenn sie die Debatte nicht wollen, weil sie nicht zielführend sei, hätten sie einen Antrag auf Nichteintreten stellen können. Und wenn sie über*

ein Thema sprechen wollen, hätten sie dazu eine Resolution oder ein Positionspapier einreichen können.

Mit diesem Antrag an die Traktandenliste gäbe es keinen Raum für eine zielführende und vorbereitete Debatte. Es wäre nicht klar, über welche Forderungen und Analysen wir sprechen würden und es gäbe am Schluss auch keine Möglichkeit, als JUSO eine Position zu fassen. Es wäre auch nicht wirklich klar, wann die Debatte am Ende wäre.

*Die Antragsteller*innen wollen eine Debatte "über die aktuelle Situation und die Perspektive der kapitalistischen Krise, der aktuellen Bewegungen und den Zustand der linken Organisationen" führen. Das sind alles wichtige Themen und genau deshalb ist auch wichtig, dass sich die Delegierten gebührend vorbereiten können. Mit diesem Antrag auf eine unkonkrete Diskussion über alle diese Themen ist das aber nicht möglich. Deshalb empfehlen wir den Antrag zur Ablehnung.*